

Bericht der Wintersession 2014

Die wissenschaftliche Nachwuchsförderung ist zurück im Parlament

Im Frühjahr 2014 hat der Bundesrat in seinem Bericht zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in der Schweiz verschiedene Massnahmen präsentiert. Jetzt nehmen die Parlamentarierinnen und Parlamentarier das Thema wieder auf: Der Ständerat stimmte in der Wintersession einem Postulat zu, welches den Bundesrat dazu auffordert, seine Versprechungen im Rahmen der Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017-2020 auch einzulösen. Der Kurs stimmt!

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und frohe Festtage.

Petra Studer, petra.studer@netzwerk-future.ch

ENTSCHEIDE DES PARLAMENTS

Materielle Harmonisierung des Stipendienwesens definitiv vom Tisch

Das Parlament hat in der Wintersession 2014 im Rahmen einer Revision des Bundesgesetzes über die Ausbildungsbeiträge (**13.058**) einen indirekten Gegenentwurf zur Stipendieninitiative des Verbandes der Schweizer Studierendenschaften (VSS) verabschiedet. Dem Nationalrat gelang es nicht, seine Version für eine materielle Harmonisierung der kantonalen Stipendien durchzusetzen: Mit 83 zu 80 Stimmen bei 6 Enthaltungen hielt der Nationalrat zwar an seiner Position fest, die kantonalen Regeln über die Höhe der Stipendien auch im Bundesgesetz festzuhalten. Der Ständerat lehnte

dies mit 29 zu 11 Stimmen bei 1 Enthaltung jedoch erneut deutlich ab, so dass eine Einigungskonferenz mit Vertretenden beider Räte entscheiden musste. Mit 14 zu 12 Stimmen fiel der Entscheid schliesslich für die Version des Ständerats und somit gegen eine materielle Harmonisierung aus.

Die Harmonisierungsbestrebungen im Rahmen des revidierten Ausbildungsbeitragsgesetzes beschränken sich demnach auf formelle Bedingungen. Wollen die Kantone künftig von der Unterstützung des Bundes im Stipendienwesen profitieren, müssen sie sich an einige formelle Voraussetzungen halten, die im interkantonalen Stipendienkonkordat festgehalten sind. Bei der Festlegung der Beitragshöhe sind sie jedoch frei.

Der VSS ist mit dem indirekten Gegenentwurf nicht zufrieden und hält seine Initiative aufrecht. Die Stimmbevölkerung wird voraussichtlich im Jahr 2015 darüber entscheiden.

- **Protokoll des Nationalrats vom 1. Dezember 2014**
 - **Protokoll des Ständerats vom 4. Dezember 2014**
 - **Protokoll des Nationalrats vom 10. Dezember 2014**
 - **Protokoll des Ständerats vom 11. Dezember 2014**
-

Wissenschaftlicher Nachwuchs: Ständerat fordert zusätzliche Anreize

Der Ständerat fordert vom Bundesrat, den wissenschaftlichen Nachwuchs an den Schweizer Hochschulen mit substanziellen Mitteln zu fördern. Er hat ein entsprechendes Postulat (**14.4006**) seiner Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-S) stillschweigend angenommen. Damit fordert er den Bundesrat auf, die Erkenntnisse aus dem im Frühling 2014 publizierten Nachwuchsbericht im Rahmen der Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017-2020 umzusetzen.

Die Ständerätinnen und Ständeräte verlangen vom Bundesrat insbesondere Massnahmen für mehr Assistenzprofessuren mit Tenure Track an den universitären Hochschulen. Damit soll die Karrierestruktur verbessert und der Übergang vom Postdoktorat in eine Professur erleichtert werden. Der Bund soll neue Assistenzprofessuren über ein Anreizprogramm subsidiär finanzieren. Das Postulat

verlangt zudem die Prüfung weiterer Schritte auf Stufe Postdoktorat. Bereits im November 2014 stimmte der Bundesrat dem Kommissionsvorstoss zu. Er will die Massnahmen in Abstimmung mit den Hochschulen und dem Schweizerischen Nationalfonds prüfen.

Protokoll des Ständerats vom 4. Dezember 2014

Budget 2015: Sparmassnahmen treffen auch den BFI-Bereich

In der Wintersession 2014 haben die beiden Räte das Bundesbudget für das kommende Jahr 2015 (**14.041**) beraten und verabschiedet. Der Bundesrat plante bereits in seinem Budget-Entwurf Sparmassnahmen im Umfang von rund 700 Millionen Franken ein. Dabei handelt es sich einerseits um Querschnittskürzungen im Umfang von 1,1 Prozent, andererseits um Einsparungen, welche die Regierung im Rahmen des Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspakets 2014 vorgeschlagen hatte. Letztere treffen auch die Universitäten (Kürzung um 7,7 Millionen Franken) und den ETH-Bereich (Kürzung um 24 Millionen Franken).

Daneben haben die beiden Räte einen Nachtragskredit in der Höhe von 94 Millionen Franken für das laufende Jahr 2014 (**14.042**) bewilligt. Diese Mittel werden dem Schweizerischen Nationalfonds (SNF) zur Finanzierung der Übergangsmassnahmen zugeteilt, welche dieser nach dem vorübergehenden Ausschluss der Schweiz vom europäischen Forschungsrahmenprogramm Horizon 2020 realisiert hatte. Der SNF schuf im Frühjahr 2014 ein Ersatzinstrument zu den verpassten Ausschreibungen des Europäischen Forschungsrats (ERC). Mit der deutlichen Zustimmung von National- (180 zu 6 Stimmen) und Ständerat (einstimmig) ist nun auch die Finanzierung der Übergangsmassnahmen unter Dach und Fach.

Ausserdem haben die Parlamentarier ...

 ... im Nationalrat die letzten Differenzen bezüglich des revidierten Fortpflanzungsmedizingesetzes (13.051) bereinigt. Demnach dürfen künftig

maximal zwölf Embryos ausserhalb des weiblichen Körpers entwickelt werden. Überdies sollen numerische Untersuchungen der Chromosomen erlaubt und Samenzellen auch nach dem Tod des Spenders verwendet werden dürfen. Insgesamt haben die eidgenössischen Räte den Gesetzesentwurf des Bundesrats in verschiedenen Punkten ausgeweitet. Das letzte Wort über die für die Zulassung der Präimplantationsdiagnostik notwendige Verfassungsänderung hat die Schweizer Stimmbevölkerung.

➤ ... im Ständerat mit 32 zu 5 Stimmen bei 8 Enthaltungen eine Motion (12.3511) von Nationalrat Matthias Aebischer abgelehnt, welche die höhere Berufsbildung über die Einführung der Titel «Professional Bachelor» und «Professional Master» aufwerten wollte. Im Gegenzug verabschiedeten die Kantonsvertreter ein Postulat (14.4000) ihrer Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-S), das vom Bundesrat eine Lagebeurteilung der Titelsituation in der höheren Berufsbildung fordert.

➤ ... im Ständerat die Motion «Garantie des Bundes für genügend Ärztenachwuchs» (12.4028) stillschweigend abgelehnt. Der Vorstoss von Nationalrat Jacques Neiryneck verlangte eine Anpassung des Numerus Clausus sowie weitere Massnahmen des Bundes zur Förderung des Nachwuchses in der Humanmedizin. Nachdem der Nationalrat die Motion im September 2014 noch angenommen hatte, ist der Vorstoss nach dem Entscheid der kleinen Kammer erledigt.

➤ ... im Ständerat der finanziellen Beteiligung der Schweiz an der internationalen Forschungsinfrastruktur European Spallation Source (ESS) mit 37 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt (14.068). Bis in das Jahr 2026 soll die Schweiz einen Betrag von rund 98 Millionen Franken an den Aufbau und Betrieb der weltweit grössten Neutronenquelle für wissenschaftliche Zwecke beisteuern.

➤ ... im Ständerat stillschweigend einer Motion (14.3795) von Ständerätin Brigitte Häberli-Koller zugestimmt, die vom Bundesrat Massnahmen für eine geringere Abhängigkeit der Schweiz von ausländischen Arbeitskräften verlangt. Unter anderem soll die Regierung über eine Anpassung der Bildungspolitik

sicherstellen, dass der Mangel an Arbeitskräften möglichst gering ist. Der Vorstoss geht an den Nationalrat.

VOM BUNDESRAT BEANTWORTET

Euratom und Horizon 2020. Zwei wirklich untrennbare Abkommen?

- Interpellation (14.3679) von Nationalrat Peter Keller (SVP). Eingereicht am 8. September 2014. Der Bundesrat hat am 5. November 2014 darauf geantwortet.
-

Sind Euratom und Horizon 2020 wirklich zwei untrennbare Verträge?

- Interpellation (14.3684) von Nationalrätin Isabelle Chavalley (GLP). Eingereicht am 8. September 2014. Der Bundesrat hat am 5. November 2014 darauf geantwortet.
-

Zulassung zu Fachhochschulen nicht aufweichen

- Interpellation (14.3736) von Nationalrätin Martina Munz (SP). Eingereicht am 17. September 2014. Der Bundesrat hat am 5. November 2014 darauf geantwortet.
-

Nationaler Innovationspark: zwei Standorte, zwei Massnahmen?

- Interpellation (14.3749) von Nationalrat Fathi Derder (FDP). Eingereicht am 18. September 2014. Der Bundesrat hat am 29. Oktober 2014 darauf geantwortet.
-

Laufbahndurchlässigkeit im Lehrerberuf verbessern

- Postulat (14.3751) der FDP-Fraktion. Eingereicht am 18. September 2014. Der Bundesrat hat am 12. November 2014 die Ablehnung des Postulats beantragt.
-

Mit Nachholbildung für Erwachsene Fachkräftemangel entschärfen

- Interpellation (14.3773) von Nationalrätin Martina Munz (SP). Eingereicht am 24. September 2014. Der Bundesrat hat am 5. November 2014 darauf geantwortet.
-

Personalisierte Medizin. Persönlichkeits- und Diskriminierungsschutz bezüglich nicht genetischer Biomarker

- Interpellation (14.3774) von Nationalrätin Bea Heim (SP). Eingereicht am 24. September 2014. Der Bundesrat hat am 28. November 2014 darauf geantwortet.
-

Gesetzliche Änderungen zur Förderung inländischer Arbeitskräfte

- Motion (14.3795) von Ständerätin Brigitte Häberli-Koller (CVP). Eingereicht am 24. September 2014. Der Bundesrat hat am 5. Dezember 2014 die Annahme der Motion beantragt.
-

Kritische Fragen zum Schweizerischen Kompetenzzentrum für Menschenrechte

- Interpellation (14.3819) von Nationalrat Maximilian Reimann (SVP). Eingereicht am 25. September 2014. Der Bundesrat hat am 19. November 2014 darauf geantwortet.
-

Gesetzliche Änderungen zur Förderung inländischer Arbeitskräfte

- Motion (14.3835) der CVP-Fraktion. Eingereicht am 25. September 2014. Der Bundesrat hat am 5. Dezember 2014 die Annahme der Motion beantragt.
-

Mischnutzung Flugplatz Dübendorf. Folgen für Projekte

- Interpellation (14.3845) von Nationalrätin Rosmarie Quadranti (BDP). Eingereicht am 25. September 2014. Der Bundesrat hat am 12. November 2014 darauf geantwortet.
-

Lohnbedingungen und Sozialleistungen von Beschäftigten mit unsicheren Arbeitsverhältnissen am CERN

- Postulat (14.3855) von Nationalrat Manuel Tornare (SP). Eingereicht am 25. September 2014. Der Bundesrat hat am 12. November 2014 die Annahme des Postulats beantragt.
-

Umfassende und unabhängige Analyse und Bewertung von Sicherheitsrisiken auf wissenschaftlicher Grundlage

- Motion (14.3860) von Nationalrat Roland Fischer (GLP). Eingereicht am 25. September 2014. Der Bundesrat hat am 12. November 2014 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Anpassung der Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung und der universitären Gesundheitsberufe

- Motion (14.3928) von Nationalrat Lorenz Hess (BDP). Eingereicht am 26. September 2014. Der Bundesrat hat am 5. Dezember 2014 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Wiederaufnahme und Stärkung des Dialogs zwischen den gesundheitspolitischen Akteuren und der Plattform Zukunft ärztliche Bildung

- Interpellation (14.3940) von Nationalrat Lorenz Hess (BDP). Eingereicht am 26. September 2014. Der Bundesrat hat am 5. Dezember 2014 darauf geantwortet.
-

Koordinationsgremium und Sofortmassnahmen gegen den Fachkräftemangel

- Motion (14.3944) der BDP-Fraktion. Eingereicht am 26. September 2014. Der Bundesrat hat am 28. November 2014 die Ablehnung der Motion beantragt.

NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE

Duale Bildung stärken. Prüfungsexperten fairer entschädigen

- Interpellation (14.4063) von Nationalrat Daniel Stolz (FDP). Eingereicht am 4. Dezember 2014.
-

Erfolg der Musikausbildung nicht zerstören. Erfolgreiche Absolventinnen und Absolventen Schweizer Hochschulen sollen bleiben können

- Interpellation (14.4064) von Nationalrat Daniel Stolz (FDP). Eingereicht am 4. Dezember 2014.
-

Freilandversuche mit cisgenen Kartoffeln

- Interpellation (14.4074) von Nationalrätin Martina Munz (SP). Eingereicht am 4. Dezember 2014.
-

Der Weg aus der Sackgasse führt über Kroatien

- Motion (14.4078) von Nationalrat Balthasar Glättli (GPS). Eingereicht am 8. Dezember 2014.
-

Evaluation der bilateralen Verträge mit der EU

- Postulat (14.4080) von Nationalrat Louis Schelbert (GPS). Eingereicht am 8. Dezember 2014.
-

Umsetzung der Bologna-Reform im Medizinstudium. Koordination zwischen den Fakultäten und Anerkennung der ECTS-Punkte verbessern

- Postulat (14.4089) von Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach (CVP). Eingereicht am 8. Dezember 2014.
-

Erneuerung der Kommission für Technologie und Innovation

- Interpellation (14.4116) von Nationalrat Matthias Aebischer (SP). Eingereicht am 10. Dezember 2014.
-

Fortschritt, statt Bürokratie bei den Ausbildungszulagen

- Motion (14.4134) von Nationalrat Bruno Pezzatti (FDP). Eingereicht am 10. Dezember 2014.
-

Verkauf von Immobilien durch die ETH

- Anfrage (14.1102) von Nationalrätin Jacqueline Badran (SP). Eingereicht am 10. Dezember 2014.
-

Fachkräftemangel im Gesundheitsbereich. Mythos oder Fakt?

- Interpellation (14.4185) von Nationalrat Ignazio Cassis (FDP). Eingereicht am 11. Dezember 2014.
-

Arbeitsbewilligungen für ausländische Studierende an privaten Hochschulen

- Interpellation (14.4188) von Nationalrat Gerhard Pfister (CVP). Eingereicht am 11. Dezember 2014.
-

Fachkräfte-Wachstum im Bildungs- und Sozialbereich

- Interpellation (14.4198) von Nationalrat Albert Vitali (FDP). Eingereicht am 11. Dezember 2014.
-

Nebenmandate der ETH-Leitung

- Anfrage (14.1110) von Nationalrat Mathias Reynard (SP). Eingereicht am 11. Dezember 2014.
-

EMPA erteilt Nanotoxikologie-Studien miserable Noten. Handelt der Bundesrat?

- Interpellation (14.4225) von Nationalrätin Maya Graf (GPS). Eingereicht am 12. Dezember 2014.
-

Wettbewerbliche Vergabe von Mandaten im Bereich landwirtschaftliche Forschung, Beratung und Bildung

- Interpellation (14.4226) von Nationalrat Roland Fischer (GLP). Eingereicht am 12. Dezember 2014.
-

Abkommen mit Kroatien sofort behandeln. International vernetzter Forschungsplatz sichern

- Motion (14.4235) von Nationalrätin Jacqueline Fehr (SP). Eingereicht am 12. Dezember 2014.

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

KONTAKT

Netzwerk FUTURE

Münstergasse 64/66, 3011 Bern

Tel. 031 351 88 46, Fax 031 351 88 47

info@netzwerk-future.ch

www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik.
Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI)
und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

17. Dezember 2014
